

*Harry Schnabel*¹

»Ein Problem der Demokratie«

80 Jahre Reichspogromnacht. Rede in der Frankfurter Paulskirche am 9.11.2018

- 815 geplünderte und zerstörte Geschäfte
- 171 verwüstete Wohnhäuser
- 36 Tötungen
- 191 abgebrannte und zerstörte Synagogen

Das war drei Tage nach den Pogromen vom 9. November 1938 die erste triumphale Bilanz von Reinhard Heydrich, damaliger Leiter der Sicherheitspolizei, an Generalfeldmarschall Hermann Göring.

Scheinbar hatte Heydrich zu diesem Zeitpunkt noch keinen genauen Überblick über die tatsächlichen Ereignisse. Das war angesichts der zahlreichen Verbrechen und der vielen Tatorte auch nicht einfach. Wenn Heydrich bis Februar 1939 gewartet hätte, wäre es ihm möglich gewesen Göring sogar von

- 1.406 verwüsteten und niedergebrannten Synagogen zu berichten,
- von 91 unmittelbaren Tötungen
- sowie von 30.756 verhafteten und in Konzentrationslager verschleppten jüdischen Männern; 1.400 von ihnen wurden dort zu Tode gequält oder begingen Selbstmord.

Das Jahr 1938 steht für eine neue Dimension der Gewalt gegen Juden, für den Übergang von der Diskriminierung und Entrechtung zur systematischen Verfolgung, Beraubung und Vertreibung.

Dr. Emil Schumberg, »Judenreferent« im Auswärtigen Amt, erklärte Anfang 1939 selbstzufrieden: »Es ist wohl kein Zufall, dass das Schicksalsjahr 1938 mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens auch die Judenfrage ihrer Lösung nähergebracht hat.« So seien Maßnahmen zur »Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft« und zum »Einsatz jüdischen Vermögens im Interesse der Allgemeinheit« ergriffen worden.

Der Diplomat stellte weiter fest: »Die als Vergeltung für die Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath einsetzende Aktion hat diesen Prozess so beschleunigt, dass der jüdische Einzelhandel im Straßenbild völlig verschwunden ist. Die Liquidierung der jüdischen Großhandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, dass in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann.« Das Hauptziel der deutschen »Judenpolitik« sei nun die »Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden«.

Auch in Frankfurt am Main beteiligte sich die Zivilbevölkerung wie berauscht am Pogrom oder sah teilnahmslos den Gewaltverbrechen zu. Man muss wissen, dass die Wucht und die Heftigkeit,

¹ Mitglied des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Frankfurt/Main und Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland

mit der die Pogrome am 9.11.1938 in Deutschland vollzogen wurden, im Einflussbereich kommunaler Verantwortung lagen. Frankfurt gehörte leider zu den Kommunen, die diese Verantwortung als Ansporn interpretierten, über die Vorgaben der Sicherheitspolizei hinaus größtmöglichen Schaden anzurichten. Gleiches ereignete sich in Kommunen auf dem Land.

Erst kürzlich legte Sven Felix Kellerhoff seine Dokumentation »Ein ganz normales Pogrom« vor. Nachdem bislang unzugängliche Dokumente nunmehr öffentlich wurden, beschrieb er am Beispiel des zwischen Worms und Mainz gelegenen Winzerdorfs Guntersblum, wie aus Nachbarn Juden wurden und wie der Hass wucherte und schließlich ausbrach.

Erschütternde Fotoaufnahmen vom 10. November 1938 und 150 Zeugenaussagen belegen, wie fünf ältere Männer im Gänsemarsch mit Thorarollen im Arm über die Hauptstraße von Guntersblum schlurften. Ihre Gesichter sind wie versteinert. Sie tragen schwarze Talare mit festgeknoteten Gebetsschals. Vornweg läuft Leo Frenkel. Er muss mit einer seltsamen Mütze auf dem Kopf und der Ortsschelle in der Hand den Zug seiner Leidensgenossen ankündigen. Mehrere Uniformierte mit Hakenkreuzen begleiten den Zug. Außerdem laufen viele Kinder mit – manche schieben Fahrräder. Einige Schuljungen zeigen mit Fingern auf die traurigen Männer, andere spucken sie an. Der Hass kennt kein Mindestalter. Einem der Männer wurde später die Glatze mit Pferdeäpfeln eingerieben.

Die aufgetauchten Dokumente führen jetzt zwangsläufig unangenehme Fragen mit sich. Wer hat von der Judenverfolgung profitiert? Wer kam in den Jahren der NS-Zeit in den Besitz jüdischen Eigentums? Der damalige Bürgermeister Carl Rösch, gleichsam NSDAP-Mitglied, rückt in den Mittelpunkt des Interesses. Die Folgen der Vergangenheit lassen den Ort bis heute nicht mehr los.

Guntersblum ist nur eines von zahlreichen gut dokumentierten Beispielen der Novemberpogrome. Überhaupt sind die Ereignisse von 1938 gut erforscht und detailliert belegt. Raphael Gross hat sie in seinem Buch »Die Katastrophe vor der Katastrophe« so brillant zusammengefasst und pädagogisch so anspruchsvoll aufbereitet, dass es in Lehrplänen Berücksichtigung finden sollte, wenn die Zeit der Nationalsozialisten an deutschen Schulen zum Thema wird.

Was im November 1938 in Deutschland geschah, ist von so großer Bedeutung, dass es nicht nur aus der Perspektive der Shoah untersucht werden sollte. Es ist ein Ereignis für sich!

In der deutschen Geschichte gibt es nichts, was mit den Pogromen im November 1938 vergleichbar wäre. Niemals zuvor wurde das staatliche Gewaltmonopol in aller Öffentlichkeit in die Hände einer antisemitischen »Volksgemeinschaft« gelegt und dem inszenierten Volkszorn freien Lauf gelassen.

Diese Volksgemeinschaft bestand keineswegs nur aus Mob. Die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität hat im Auftrag des Beltz-Verlages dessen Veröffentlichungen zwischen 1933 und 1944 untersucht. Fazit: Die Nazis mussten ihre Propaganda nicht ausschließlich selbst machen. Verleger und Autoren haben das für sie übernommen. Die Forschungsstelle stufte erst vor wenigen Monaten 178 Publikationen des Beltz-Verlages als ideologisch belastet ein.

Ein Großteil dieser von penetranter Judenfeindlichkeit getränkten und von Hochschulprofesso-

ren publizierten Propagandamaterialien zielte auf Lehrer. Einer dieser Professoren war der sogenannte Reformpädagoge Peter Petersen, der sich 1936 in dem Werk »Die Führungslehre im Unterricht« für die Herstellung von Zucht und Disziplin durch gruppenpsychologische Manipulation aussprach.

Viele Schulen wurden nach dem 2. Weltkrieg nach Peter Petersen benannt. Eine davon hier in Frankfurt. Es hat bis 2013 gedauert, bis sich diese Schule in IGS Eschersheim umbenannt hat.

Wenig Sensibilität bewies auch das Präsidium der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, als es Anfang dieses Jahres einen Aufenthaltsraum für Studenten ausgerechnet nach dem ehemaligen NSDAP-Mitglied Alfred Messer benennen musste. Messer war daneben Waffenproduzent und beschäftigte Zwangsarbeiter. Es waren Studenten, die die historische Aufarbeitung leisteten und den Vorgang öffentlich machten. Das Raumschild mit dem Namenszug Alfred Messers wurde zwischenzeitlich entfernt.

Es gibt zahlreiche solcher Beispiele, wie etwa die Beuth-Hochschule für Technik in Berlin. Ich halte ohnehin wenig von spießbürgerlichem Personenkult. Aber man sollte doch mindestens einmal bei Namensgebern für Bildungseinrichtungen davon ausgehen dürfen, dass die Vita der zu ehrenden Persönlichkeit einer Prüfung unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten standhält.

Es ist fast schon zum Ritual geworden, darauf hinzuweisen, dass Gedenktage wie der heutige nicht als Ritual empfunden werden dürfen. Die gängige Rede vom »Nie wieder« und »Wehret den Anfängen« ist von der Realität überholt worden und reicht nun wirklich nicht mehr! Gedenktage wie dieser müssen einen Anstoß zur Reflexion und bitte auch die Bereitschaft zum Handeln mit sich führen.

Es war sicher freundlich gemeint, als Bundespräsident Christian Wulf am 3. Oktober 2010 erklärte, dass »das Judentum zweifelsfrei zu Deutschland gehört!« Was aber bedeutete die in der gleichen Ansprache vorgetragene Formulierung von der »christlich-jüdischen Geschichte«? In ähnlicher Weise haben sich wenig später auch Angela Merkel, Horst Seehofer und Alexander Dobrindt geäußert und sogar von »christlich-jüdischer Tradition« gesprochen.

Meinten sie jene fast tausendjährige Tradition, die damit begann, dass Papst Urban im Jahr 1096 zum Ersten Kreuzzug aufrief und Christen, besonders in den Städten um Rhein und Donau, die jüdische Bevölkerung vertrieben, ermordeten und ganze jüdische Gemeinden auslöschten? Meinten sie die Rede von Gottesmördern und Brunnenvergiftern, denen alle Juden ausgesetzt waren, die die ersten Pogrome überlebt hatten? Noch schlimmer wurde es, als Mitte des 14. Jahrhunderts die Pest ausbrach.

Meinten die Politiker die Reformation, die dem Christentum zwar neues Leben einhauchte, was aber auch auf Kosten der Juden geschah, denen das Leben im reformierten Deutschland schwer oder unmöglich gemacht wurde? 1536 durfte sich im Kurfürstentum Sachsen kein Jude aufhalten! Vielleicht meinten sie aber auch jene »zivilisierten« Zeiten des 19. Jahrhunderts, in denen Juden zwar nicht um ihr Leben fürchten mussten, aber lange Bürger zweiter Klasse waren? Und was vorwiegend christliche Deutsche den Juden in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts

angetan haben, kann sicher auch nicht mit »christlich-jüdischer Tradition« gemeint sein!

Rabbi David Rosen vom Jewish Committee for interreligious Consultations erklärte zwar, dass die derzeitigen Beziehungen zwischen Juden und Katholiken nie besser gewesen sind, die Rede von der »christlich-jüdischen Tradition« bleibt aber ein Irrläufer. Sie verklärt die Wirklichkeit und trägt gleichsam etwas von Geschichtsrevisionismus in sich.

Wenn Geschichte aus der Perspektive der Sieger geschrieben wird, besteht zwangsläufig die Gefahr ideologischer Einfärbung, meint Walter Benjamin. Die ethische Sichtweise der Geschichtsschreibung ist die, welche die Perspektive der Opfer berücksichtigt.

Jude zu sein ist immer auch die Erinnerung an Jahrhunderte der Unterdrückung, Verfolgung und Ausgrenzung. Deshalb konnte es nie allein das Bekenntnis zu einer Religion sein, was einen Juden zu einem Juden machte.

Das wirksamste Mittel, um Antisemitismus im derzeitigen politischen Klimawandel zu bekämpfen, ist die eigene Urteilskraft zu stärken und sich für Demokratie einzusetzen.

Wir erleben Zeiten, in denen der AFD-Fraktionsvorsitzende eines Landtags das Berliner Holocaust-Denkmal als »Schande« bezeichnet und der AFD-Fraktionsvorsitzende des Bundestags ermuntert, stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten im 1. und 2. Weltkrieg zu sein. Er gibt ohne Umschweife zu, an einem politischen Systemwechsel zu arbeiten und erklärt die Zeit zwischen 1933 und 1945 zur historischen Petitesse. Für Professoren und Lehrkräfte, die dies im Unterricht kritisch sehen, wird eine Plattform eingerichtet. Schüler werden aufgefordert, solche Lehrer zu denunzieren.

In solchen Zeiten kann man einfach nicht mehr sicher sein, ob der nächste 9. November nicht näher bevorsteht, als der von 1938 vergangen ist.

Der AFD gefällt die Geschichte Deutschlands, so wie sie sich zugetragen hat, einfach nicht. War doch alles nicht so schlimm! Deutsche Geschichte soll völkisch kostümiert und im Hochglanzformat neu entstehen. Historiker und Yale-Professor Timothy Snyder meint hierzu: »Wer sich auf eine perfekte Zukunft und eine makellose Vergangenheit beruft, muss sich um nichts mehr kümmern und keinerlei Verantwortung übernehmen.«

So sind geschichtsvergessene Generationen herangewachsen, anfällig für Manipulationen, und einige davon ausgestattet mit einer scheinbar manischen Sehnsucht nach dem Untergang. Am Untergang der Demokratie und damit einhergehend am Untergang der europäischen Union. Die Ironie dabei ist, dass gerade Generationen, die keine andere Staatsform als die der Demokratie kennen gelernt haben, oft so denken. Ich glaube, es gibt an einem 9. November keinen geeigneteren Ort als den der Paulskirche, um zu verdeutlichen, dass eine Gesellschaft, die Antisemitismus duldet, dabei ist, ihre demokratische Grundordnung aufzugeben.

Existenz, Akzeptanz und Wertschätzung der Europäischen Union werden für den sozialen Frieden auf dem Kontinent mit entscheidend sein. Ja, die EU ist zu bürokratisch aufgestellt und dringend reformbedürftig. Sie kann keinesfalls so bleiben, wie sie jetzt ist. Und es stimmt, dass nicht jedem Land jede Maßnahme zu jedem Zeitpunkt gleichermaßen nutzt. Aber sie ist die politisch

und wirtschaftlich erfolgreichste Gemeinschaft von Nationalstaaten in der europäischen Geschichte überhaupt.

Demokratie, Menschenrechte, der Europäische Binnenmarkt ohne Grenzen, Arbeitnehmerfreizügigkeit, europaweiter Verbraucher- und Umweltschutz sind bahnbrechende Errungenschaften. An erster Stelle steht jedoch die Friedensdividende, für die die EU im Jahr 2012 den Nobelpreis erhielt. Der geldwerte Vorteil dieser Dividende lässt sich über verschiedene Szenarien und eingesparte Rüstungsausgaben sogar in Euro ausdrücken und wird von der volkswirtschaftlichen Abteilung der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit bis zu 2 Billionen Euro jährlich beziffert.

Es gibt nur zu viele abschreckende Beispiele in der Geschichte Europas, die jedem deutlich machen müssten, dass ein Zurückfallen in nationale Egozentrik, Rivalitäten und Vormachtstreben alle Nationen in eine schlechtere Zukunft führen würde. Von den napoleonischen Kriegen bis zum 2. Weltkrieg hat es in Westeuropa keine 70 Jahre Frieden gegeben. Ohne Solidarität der Mitgliedsstaaten in großmaßstäblichen Kernfragen geht es aber schlichtweg nicht. Staaten, die schleichend, aber zielgerichtet die Rechtsstaatlichkeit in ihren Ländern aushöhlen und die Pressefreiheit nur als unangenehm und störend empfinden, haben in der europäischen Union genauso wenig verloren wie Staaten, die ihre Staatsangehörigkeit meistbietend an zwielichtige Antragsteller vergeben.

Wir müssen also konsequenter daran arbeiten, dass nicht nur europäische Wirtschaftsgüter, sondern auch europäische Werte zum Exportschlager werden. Wir wären auf dem richtigen Weg, wenn es neben patriotischen Gefühlen für das eigene Land auch so etwas wie Stolz gäbe, Bürger der EU zu sein. Stolz auf die Wertegemeinschaft der EU zu sein, wäre vielleicht die beste Prophylaxe gegen völkisches und rechtspopulistisches Gedankengut und damit der nachhaltigste Schutz von Minderheiten. Wer außer den Europäern könnte derzeit noch eine Wertedebatte in Gang setzen?

Peter Sloterdijk meint hierzu aufrüttelnd: »Warum werden keine iranischen Preise für die Verteidigung der Menschenrechte verliehen? Wo ist die arabische Nation, die politischen Flüchtlingen aus Osteuropa Sozialhilfe gewährt? Welches asiatische Land spricht Zuwanderern aus dem Westen das Grundrecht auf Asyl zu? Es sind die Europäer und immer nur sie, die hohe moralische Standards aufrichten, bis hin zur Ebene von Grundrechtserklärungen, und dann sich selbst geißeln, wenn sie nicht imstande sind, sie vollständig zu erfüllen.«

Diese Unzulänglichkeit, wenn man es überhaupt so nennen kann, hat den Rechtspopulisten, deren Welterklärung seit jeher so böse wie banal ist, die Tür weit geöffnet. »Absaufen, absaufen!«, das skandierten Hunderte von Menschen auf einer PEGIDA-Veranstaltung in Dresden in Richtung Bootsflüchtlinge. Ein Aufruf zur Entmenschlichung, wenn nicht sogar zum Mord.

Rechtspopulismus war noch immer mit der Diskreditierung von Minderheiten einhergegangen und natürlich auch mit Antisemitismus. Das »Volk« als eine Einheit ansprechen. Es als ehrlich, hart arbeitend und vernünftig darstellen. Es sollen sich ja möglichst viele angesprochen fühlen und eine Identität vermittelt werden.

Das gelingt noch effektiver, wenn man andere ausgrenzt. Das müssen nicht immer Migranten sein. »Homosexualität gibt es nicht«, so der Titel einer Publikation im rechten Manuscriptum-

Verlag, der dieses Jahr auf der Frankfurter Buchmesse ausstellte. Übrigens einer der wenigen Verlage, die Björn Höcke noch ein Podium geboten haben. So entstehen irrealer Feindbilder und so werden in der Bevölkerung paranoide Angstzustände erzeugt, denen man mit rationalen Argumenten oftmals nicht mehr begegnen kann.

Identitäre und Antisemiten aus Leidenschaft sind in ihrem Leben schon zu oft falsch abgebogen, als dass wir sie noch erreichen und zurückholen könnten. Hier sind wir auf einen gut funktionierenden und verlässlichen Verfassungsschutz angewiesen, um Schlimmeres zu verhindern. Nützlich hierfür ist sicher auch das vom Bund erlassene und im Oktober 2017 in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Eva Menasse erklärte kürzlich: »Da sich die Menschheit charakterlich nicht so exponentiell verbessert hat wie ihre Prozessoren, hat das die erwartbaren Folgen: Noch nie gab es so viel Lüge, Denunziation und sprachlich vervielfältigen Hass in der Welt.« Hass, dem Migranten wie Juden in Deutschland und fast überall in Europa gleichermaßen, ausgesetzt sind.

Antisemitismus, ein unerklärliches Mysterium, welches die Weltgeschichte über Tausende von Jahren beherrscht. Nur wenige Erscheinungen erhalten sich so universal und so beständig. Juden wurden gehasst, weil sie zu reich oder zu arm waren, weil sie zu sehr unter sich blieben oder die Gesellschaft infiltrierten.

Ein weiteres Vorurteil besteht in der scheinbar schmeichelhaften Behauptung »Alle Juden sind klug!« Wenigstens dieses Vorurteil konnte kürzlich durch die Gründung der Initiative »Juden in der AFD« eindrucksvoll widerlegt werden.

Das es unverbesserliche Nazis gibt, damit haben viele Juden in Deutschland mühsam zu leben gelernt; dass nun viele Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten mit mehrheitlich antisemitischen Einstellungen gekommen sind, damit lernen sie gerade zu leben. Was Juden aber besonders verletzt, ist dieser Alltagsantisemitismus, niedrighellig und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze befindlich. Es sind die tagtäglichen Nadelstiche, die über gedankenlose Bemerkungen und zynische Witze ganz »normaler« Bürger transportiert werden. Die Stereotypen der Stammtischhocker wie der Studienräte, der Nachbarn und leider auch der Journalisten, Kabarettisten und Karikaturisten.

Antisemitismus hat sich tief ins kollektive Unterbewusstsein hinein gegraben. Demokratisierung und Aufklärung hatten ihn zum Glück lange Zeit in den Keller des Unsagbaren gedrängt. Dort aber lebt er weiter, sprungbereit zu jeder Zeit.

Antisemitismus funktioniert ohne Juden und sogar ohne Antisemiten. Wer gibt schon zu, Antisemit zu sein? Antisemitismus begegnet einem heute nicht mehr so frontal wie früher, er kommt schon einige Zeit subtiler und somit für manch einen schwieriger durchschaubar daher. Man spricht deshalb inzwischen auch von einer Mutation des Virus namens Antisemitismus.

Es möge sich doch beispielsweise bitte jeder hinterfragen, der nach Jahrzehnten der Massentierhaltung und schier endloser Tiertransporte seine Liebe zum Tierschutz erst über die Infragestellung des Schächtens entdeckt hat. Gleiches gilt für Menschen, die seit Jahrzehnten den Missbrauch von Kindern in pädophilen Netzwerken ungerührt hinnehmen, zum kirchlichen Missbrauch schutzbe-

fohlerer Jugendlicher schweigen und zur Existenz von Kindersoldaten keine Meinung haben, aber sich beim Thema Beschneidung leidenschaftlich empören und körperliche Unversehrtheit des Neugeborenen einfordern.

Wer weiß, dass er den Virus in sich trägt, vielleicht sogar dagegen ankämpft, aber unterbewusst nach einem Ventil für seine Abneigung sucht, dem bleibt immer noch »Israelkritik« sozusagen als selbstverordnetes Desinteresse am Judenhass übrig. Wissenschaftler sprechen sogar von einer »Israelisierung der antisemitischen Semantik«, die in ihrer Quintessenz dazu führt, dass Israel zum »Juden unter den Staaten« gestempelt wird.

Auf den ersten Blick wirkt das Wort »Israelkritik« harmlos. Natürlich kann man Israel wegen seiner Besatzungs- oder Siedlungspolitik kritisieren. Das geschieht unentwegt. Allerdings ist die Kritik an Israel mit einer ganz besonderen Empörung verbunden, sodass es sogar ein eigenes Wort dafür gibt – eben Israelkritik! Es gibt keine Italienkritik oder Ungarnkritik. Nicht einmal für Länder wie Russland oder China, in denen seit Jahrhunderten die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, gibt es eine solche Bezeichnung. Das Wort »israelkritisch« gibt es nur in deutscher Sprache und ist sogar im Duden zu finden.

Der Kern des Problems ist, dass an Israel weitaus höhere moralische Maßstäbe gelegt werden als an andere Länder. Man macht ohne mit der Wimper zu zucken Geschäfte mit China, Russland und dem Iran. Aber nicht diese Länder sollen wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell boykottiert werden, sondern ausgerechnet Israel. Diese besonders dem »BDS« eigene Doppelmoral ist nach der global anerkannten Definition der International Holocaust Remembrance Alliance als eindeutig antisemitisch zu bezeichnen. Denn sie enthüllt, dass »Israelkritik« eben nicht die normale Auseinandersetzung mit der Weltpolitik ist, sondern eine neue Variante in einer langen, abscheulichen Geschichte, in der Juden für alles Schlechte auf der Welt verantwortlich gemacht werden.

Das bekommen auch jüdische Kinder und Eltern vor allem an öffentlichen Schulen zu spüren. Der Journalist Wenzel Michalsky, dessen Sohn an einer Berliner Schule antisemitisch angegriffen wurde, berichtet aus eigener Erfahrung: »Immer wieder versuchen Lehrer und Schulleitungen mit dem Hinweis auf den Nahostkonflikt, den aufflammenden Judenhass zu entschuldigen, statt die Angriffe beim Namen zu nennen. »Israelkritik« ist ein Vernebelungswort für legitimierten Antisemitismus.«

Unternehmen wir das Menschenmögliche, um diesen Phänomenen entgegenzuwirken? Sicher nicht!

Unser Bildungssystem ist veraltet und passt sich nicht mehr schnell genug der Wirklichkeit an. Lehrer haben jetzt gerade einmal die »Holocaustleugnung« inhaltlich und argumentativ einigermaßen im Griff. Viele angehende Lehrer brechen ihr Studium ab. Erst kürzlich begegnete ich Lehramtsstudenten, die mir zusammengefasst erklärten: »Ich lerne im Frontalunterricht, wie schlecht Frontalunterricht ist! Ich lerne nicht, wie ich mit Kindern umgehen soll, die kein Deutsch sprechen, aber Diktate schreiben sollen, und ich lerne nicht, wie ich mit Kindern umgehen soll, die rechtsextrem auffällig sind!«

Seit Jahren steht die schwarze Null im Bundeshaushalt und dies nach Rückführung von Verbindlichkeiten. In Wahrheit produzieren wir Überschüsse. Friedliches gesellschaftliches Zusammenleben und damit unsere Demokratie stehen auf dem Spiel! Wo bleiben Studienreform und Weiterbildung für Lehrer? Wo bleiben Investitionen in marode Schulgebäude, die auch wirklich rasch und zielgerichtet ankommen? Wo bleiben entsprechende Schulungen bei Polizei und Justiz?

Und selbst wenn Politik, Legislative und Exekutive ihre Aufgaben erfüllen würden – würde unsere Gesellschaft besser werden? Erziehung und Bildung sind Grundvoraussetzungen aber kein Selbstzweck! Erziehung und Bildung entfalten sich erst, wenn sie mit Zivilcourage und Herzensbildung angereichert werden. Das Ergebnis einer solchen Synthese wäre in kritischen Zeiten wie diesen Solidarität der deutschen Bevölkerung mit ihrer jüdischen Minderheit. Eine Solidarität, die sich nur über Gesetzgebung und Staatsräson definiert, reicht auf Dauer nicht aus!

Die Jüdische Gemeinde Frankfurt ist – wie fast alle jüdischen Gemeinden in Deutschland – über die Jahrzehnte nach dem Holocaust wieder zu einer stabilen und in sich gefestigten Glaubensgemeinschaft geworden. Ihre Mitglieder leben in keiner Parallelgesellschaft. Sie sind Bestandteil des Frankfurter Bürgertums und haben selbst am meisten dazu beigetragen, dass dies überhaupt möglich wurde. Unsere Gemeinde bemüht sich sehr um interreligiöse Dialoge und Trialoge. Ihre Erziehungs- und Bildungseinrichtungen erfreuen sich höchster Anerkennung und stehen ungeachtet religiöser oder nationaler Herkunft allen Bürgern dieser Stadt offen. Mit Unterstützung der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen konnten wir vor kurzem fast 80 Jahre nach der Zwangsschließung durch die Nationalsozialisten wieder eine gymnasiale Oberstufe etablieren.

Dies alles rührt vom Vertrauen her, welches die jüdische Gemeinschaft bereit war, einem Deutschland entgegenzubringen, das sich seiner historischen Verantwortung bewusst ist und danach handelt. Es wäre fatal, wenn dieses Vertrauen ein weiteres Mal enttäuscht werden würde.

Die große Mehrheit der Bundesbürger steht zum Rechtsstaat, zur Pluralität und hält Interessengegensätze aus. Ich glaube, dass dies ausreichen sollte, sich den immer dreister auftretenden Rechtspopulisten entgegen zu stellen. Sicher bin ich mir nicht!

Mein Schlusswort deckt sich mit der Sichtweise Eva Menasses: »Nichts Schlechtes ist unveränderlich, man kann alles verbessern, wenn man sich nur genügend anstrengt. Dass auch das schon erreichte Gute verschwinden kann, habe ich nicht für möglich gehalten.«

Der Antisemitismus von heute ist komplex. Nur ist er im Kern kein Problem der Juden, sondern der Demokratie.